

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Juni 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 893 Postulat Zemp Gaudenz und Mit. über einen Bericht bezüglich Fachkräftesicherung im Kanton Luzern / Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Dieter Haller beantragt Ablehnung.

Gaudenz Zemp hält an seinem Postulat fest.

Gaudenz Zemp: Wir sind uns alle einig, dass wir mit Berichten sehr sparsam umgehen und diese nur selten einsetzen sollten. Sie bedeuten immer einen grossen Aufwand, und es ist wichtig, im Anschluss auch tatsächlich etwas daraus zu machen. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion in vielen Fällen Berichte ab. Der Fachkräftemangel ist aber ein zentrales Problem der kommenden Jahre, seine Ursachen sind sehr komplex und vielfältig. Es gibt diverse Zielkonflikte, und es kommen unerklärliche Phänomene vor. In Anbetracht dieser Situation ist ein Bericht aus unserer Sicht wichtig und gerechtfertigt. Mit einem Bericht kann die Basis geschaffen werden, um aufgrund einer soliden und umfassenden Analyse eine effiziente Strategie für den Kanton zu entwickeln. Die Regierung hat das Postulat zu eng in ihrer Rolle als Arbeitgeberin interpretiert. Das Postulat ist aber viel offener formuliert und zielt auf den gesamten Fachkräftemangel im Kanton ab und nicht nur auf den in der Verwaltung. Im Moment kommt bei uns im Rat alles ziemlich willkürlich und auch in Einzelteilen daher. Es gibt Vorstösse zur Bekämpfung des Mangels bei den Lehrpersonen, dann wieder beim Pflegepersonal oder bei den Psychotherapeutinnen und -therapeuten. Entweder wird eine Lohnerhöhung gefordert oder dann wieder die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. So kommen wir aber nicht weiter. Wir sollten die Zusammenhänge und Abhängigkeiten in der Gesamtheit verstehen, angefangen bei der Volksschule bis hin zur Pensionierung. Entwickelt sich der Fachkräftemangel so weiter, werden der Kanton und die Wirtschaft grosse Schäden erleiden. Die dringende Digitalisierung stockt, weil die Fachkräfte fehlen, und die Qualität der Dienstleistungen sinkt, und das ist für ein Hochpreisland wie die Schweiz fatal. Die Kinder können nicht rechtzeitig therapiert werden, weil die Expertinnen und Experten fehlen. Es ist klar, dass ein Bericht diese Probleme nicht aus der Welt schaffen kann. Er kann aber einen Überblick verschaffen und Ansätze aufzeigen. Wir müssen gezielt und kraftvoll aktiv werden. Dazu benötigen wir dringend Fakten und Zahlen, nur dann können wir gemeinsam eine breite Politik erarbeiten und wirkungsvolle langfristige Massnahmen daraus ableiten. Es gibt andere Bereiche, in denen wir sehr grosse Probleme haben, ich denke dabei an das Klima, die Energie sowie die Mobilität. In diesen Bereichen haben wir auch grundlegende Berichte erarbeitet und versuchen entlang der Erkenntnisse aus diesen Berichten eine sinnvolle Politik zu machen. Der Fachkräftemangel hat eine vergleichbare Dimension. Er ist inzwischen dramatisch, und die Bevölkerung und die Wirtschaft erwarten von uns, dass wir schnellstmöglich wirkungsvolle Massnahmen ergreifen. Ein solcher breit angelegter Bericht kann durchaus neue Erkenntnisse bringen, welche die benötigten Ressourcen rechtfertigen.

Wir plädieren deshalb für die Erheblicherklärung. Der Fachkräftemangel ist eines der grössten Probleme in den kommenden Jahren. Schaffen wir mit einem Bericht die nötigen Voraussetzungen, um den Fachkräftemangel so weit wie möglich mit sinnvollen Massnahmen abzufedern.

Dieter Haller: Der Fachkräftemangel ist ein grosses Problem, welches sich in allen Sektoren der Privatwirtschaft, der Verwaltung, aber auch bei den ausgelagerten Einheiten des Kantons zeigt. Es ist für die SVP-Fraktion befremdlich, dass weder die Regierung noch der Postulant auf die Hauptursache des Fachkräftemangels eingehen. Denn diese liegt bei der EFTA-Zuwanderung von rund 200 000 Personen, welche allein im Jahr 2022 in die Schweiz eingewandert sind, sei es um zu arbeiten oder wegen Familiennachzug, Asyl, Schutzstatus S usw. Effektiv in den Arbeitsmarkt gekommen ist schlussendlich nur ein Fünftel der Zugewanderten. Ob dies auch alles Fachkräfte sind, ist eine andere Frage. Die Tatsache akzentuiert den Fachkräftemangel oder anders ausgedrückt: Es kommen zu viele und die Falschen. Nicht berücksichtigt dabei sind die illegal Eingewanderten, im Jahr 2022 waren das 52 000 Personen oder 1000 pro Woche, welche über die grüne Grenze kamen und aufgegriffen wurden und danach meistens untertauchten. Dass ein Personenwachstum durch die Einwanderung von über einer halben Million Personen in den letzten fünf Jahren den Fachkräftemangel auch bei den Verwaltungen und ausgelagerten Einheiten verstärkt hat, ist eine Tatsache, die dringend geändert werden muss. Aus diesem Grund wird die SVP dieses Wochenende die «Nachhaltigkeits-Initiative» lancieren, welche ein Lösungsansatz gegen eine drohende Zehn-Millionen-Schweiz ist. Wie die Regierung in ihrer Stellungnahme aufzeigt, beschäftigt sich der Kanton als Arbeitgeber schon länger mit konkreten Massnahmen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, indem er als Arbeitgeber attraktive Konditionen wie flexible Pensionierung, hohe Teilzeitquoten, eine bessere Absicherung bei der Luzerner Pensionskasse oder auch die Möglichkeit des mobilen flexiblen Arbeitens und eine grosse Vereinbarkeit von Beruf und Familie bietet. Die Kehrseite der Medaille ist, dass diese Fachkräfte wiederum in der Privatwirtschaft fehlen. Die Ursachen und Gründe des Fachkräftemangels sind ausreichend bekannt, weshalb die Erstellung eines Berichtes, wie von der Regierung erkannt, nicht notwendig ist. Der Antrag zur teilweisen Erheblicherklärung ist nicht konsequent. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Claudia Huser: Fachkräftemangel oder Arbeitskräftebedarf, wie man neuerdings ja sagt, ist ein Thema, das uns auf unterschiedlichen Ebenen beschäftigt. Es ist nicht so, wie es von Dieter Haller soeben ausgeführt wurde, dass wir nur Fachkräfte benötigen, sondern wir benötigen auf allen Ebenen Arbeitskräfte. Somit kann man sagen, dass ein solcher Bericht, der auch den Bereich Migration enthält, aufschlussreich wäre. Nun erstaunt es etwas, dass gerade die FDP-Fraktion einen Bericht fordert, weil sie ja sonst häufig sagt, dass die Privatwirtschaft das Problem schon lösen wird respektive die Regierung und der Kanton bei ihren Leisten bleiben sollen. Wir gehen mit der Regierung einig, dass der Kanton auch weiterhin die Aufgabe hat, sich für gute Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten einzusetzen. Dazu gehört auch, eine gute und verlässliche Kinderbetreuungsstruktur aufzubauen, um den Arbeitskräftebedarf decken zu können, in erster Linie mit Menschen, die schon hier sind, in zweiter Linie auch mit anderen. Innovative Arbeitgeber sind mehr denn je gefragt, und dazu gehört auch eine attraktive Steuerpolitik. Wir anerkennen somit die Vielschichtigkeit des Themas, aber die Notwendigkeit für einen umfassenden Bericht ist für uns nicht gegeben. Der Mehrwert und die neuen Erkenntnisse stehen in keinem Verhältnis zum Aufwand. Aus diesem Grund folgen wir der Regierung und stimmen der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Samuel Zbinden: Gaudenz Zemp fordert einen Bericht, um die Situation sowie die

Ursachen und Massnahmen für den Fachkräftemangel zu identifizieren. Im Grundsatz ist bekannt, was der Kanton dagegen tun könnte. Es ist klar, was der Kanton als Arbeitgeber und für die Gesamtwirtschaft tun kann. Stichworte dazu sind: Attraktivität als Arbeitgeber, Aus- und Weiterbildung, Zugang zum Arbeitsmarkt usw. Die Regierung zählt in ihrer Stellungnahme mögliche Massnahmen auf. Aus Sicht der Grünen Fraktion liegt das Problem weniger bei der Suche nach Ursachen oder bei der Identifikation von möglichen Massnahmen, sondern beim politischen Willen, diese auch konkret umzusetzen. Das zeigt sich auch in dieser Session einmal mehr. Es waren mehrere Vorstösse traktandiert, die dem Fachkräftemangel entgegenwirken und die Arbeitgeberattraktivität des Kantons stärken könnten, etwa durch mehr Stipendien für Geflüchtete, also konkret für die Förderung von Aus- und Weiterbildung von Menschen, die noch nicht im Arbeitsmarkt integriert sind, oder durch die Stärkung der Arbeitgeberattraktivität durch einen längeren Vaterschaftsurlaub, Teilzeitarbeit oder die Ermöglichung von gesellschaftlichem Engagement usw. Auch hier empfiehlt die Regierung die Ablehnung. Das Problem scheint also vielmehr dort zu liegen. Bei einem dermassen prekären Fachkräfte- oder Arbeitskräftemangel reicht es nicht, wenn der Kanton in allen Bereichen die Standards erfüllt und das Minimum macht. Man muss auch mutig sein und progressiv vorgehen, um aus der Masse hervorzustechen und um gutes Personal anzuziehen. In diesem Sinn unterstützt die Grüne Fraktion das Postulat von Gaudenz Zemp, damit der Kanton in einem Bericht mutige Vorschläge zusammenfassen kann. Bei einem Thema dieser Dringlichkeit lohnt es sich, die Ursachen und die geplanten Massnahmen über alle Departemente hinweg gebündelt aufzuzeigen und politisch zu diskutieren. Um diese Diskussion schon etwas vorwegzunehmen: Was bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels definitiv nicht helfen wird, sind Forderungen, dass wir alle noch länger arbeiten sollen und die regelrechte Anti-Teilzeitkampagne, die in den letzten Monaten von gewissen Kreisen geführt wird. Wenn wir Menschen dazu motivieren wollen, im Arbeitsmarkt zu bleiben oder wiedereinzugsteigen, kann es kaum Ziel sein, sie mit solchen Forderungen direkt wieder abzuschrecken.

Simone Brunner: Die SP-Fraktion stimmt ebenfalls der Erheblicherklärung zu. Mir ist es wichtig, dass es um alle Arbeitskräfte geht und nicht nur um die hochqualifizierten. Wir stehen vor einer enormen Herausforderung, um alle Stellen mit sehr gut ausgebildetem Personal besetzen zu können, aber auch mit Personen mit einer einfachen Ausbildung. Wir haben in unserer Fraktion auch darüber diskutiert, ob ein Bericht das Problem löst. Mit diesem Bericht haben wir tatsächlich die Möglichkeit, um all die verschiedenen Bestrebungen zu koordinieren. Wir sehen eine gute Möglichkeit, dass der Kanton Luzern vorgeht und mit allen involvierten Akteurinnen und Akteuren und auch mit der Privatwirtschaft zusammen vorgeht und eine führende Rolle einnimmt. Ein Bericht kann immer grösser oder kleiner ausgestaltet werden. Bei der Ursachenbeschreibung könnte man also pragmatisch bleiben und sich dafür auf die Massnahmen fokussieren. Allenfalls brauchen wir auch den Bund dazu, denn es ist ja ein grösseres Problem.

Adrian Nussbaum: Der Fachkräftemangel ist bereits heute ein grosses Problem, und es gibt eher Anzeichen dafür, dass das Problem in Zukunft noch grösser wird. Deshalb sind wir froh, dass die Regierung bereits aktiv ist und mit einem Strauss an Massnahmen auf das Problem reagiert. Wir sind uns wohl alle einig, dass es kein Wundermittel gegen den Fachkräftemangel gibt, vielmehr braucht es eine breite Palette an Massnahmen im Bereich der Arbeitgeberattraktivität, aber auch im Bereich der Kommunikation. Wichtig ist, dass laufend über diese Massnahmen diskutiert wird und sie laufend überprüft und ergänzt werden und der Massnahmenkatalog entsprechend angepasst wird. Gerade weil es sich um eine Daueraufgabe handelt, macht es Sicht der Mitte-Fraktion keinen Sinn, einen

Planungsbericht zu erstellen, der eigentlich nur eine Standortbestimmung sein kann. Der Planungsbericht soll auch die Ursachen für den Fachkräftemangel aufarbeiten. Ich frage mich, ob das tatsächlich etwas bringt und erachte das als sehr schwierig. Je nach politischer Haltung wird die Interpretation relativ breit sein. Ein Muster dazu haben wir gerade von der SVP-Fraktion gehört. Man kann die Zuwanderung bekämpfen oder gut oder schlecht finden. Die Aussage aber, dass die Zuwanderung der Hauptgrund für den Fachkräftemangel ist, finde ich doch sehr abenteuerlich. Wir brauchen eine aktive Regierung, die entsprechende Massnahmen gegen den Fachkräftemangel umsetzt. Die Mitte-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Gaudenz Zemp: Ich möchte die Mitte-Fraktion daran erinnern, dass ihr Nationalrat Leo Müller auf nationaler Ebene genau das Gleiche fordert. Insofern ist die Haltung der Mitte-Fraktion nicht ganz konsequent.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Mit dem Postulat wird versucht, das Thema Fachkräftemangel generell anzugehen und nicht nur einen Bereich davon. Häufig wird ja nur ein bestimmter Bereich angesprochen, was letztlich nicht zielführend ist, weil es praktisch keinen Bereich ohne Fachkräftemangel gibt. Es nützt uns nichts, wenn wir versuchen aus einzelnen Bereichen Fachkräfte abzuziehen. Primär haben wir uns auf die Situation des Kantons Luzern als Arbeitgeber fokussiert. Wir als Arbeitgeber und parallel dazu die Privatwirtschaft kommen nicht darum herum, gezielte Massnahmen zu ergreifen, um diesem Thema begegnen zu können. Die Regierung ist aber klar der Meinung, dass es sich um ein nationales Problem handelt, das auch auf nationaler Ebene sehr viel diskutiert wird. Wir zweifeln daran, ob wir im Kanton Luzern die Lösung finden, welche in der Schweiz sonst noch niemand gefunden hat. Es wurden bereits viele Grundlagen erarbeitet, und die Probleme sowie Lösungsansätze liegen auf dem Tisch. Wir sind gerne bereit, an diesen Lösungen zu arbeiten und Massnahmen zu ergreifen. Ob wir aber in einem Bericht allein für den Kanton Luzern eine durchschlagende Lösung finden, wagen wir etwas zu bezweifeln. Aus diesem Grund beantragen wir die teilweise Erheblicherklärung. Ich erlaube mir eine Aussage zum Thema Zuwanderung. Wenn ich an den Gesundheitsbereich denke, ist es für mich relativ schwer vorstellbar, dass wir ohne Arbeitsfachkräfte aus dem Ausland in der Lage wären, unsere Gesundheitsversorgung überhaupt noch einigermaßen bewerkstelligen zu können. Ich glaube, diesbezüglich sollten wir mit schnellen Schlüssen also etwas vorsichtig sein. Ich bitte Sie, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen und auf den aus unserer Sicht wenig versprechenden Weg eines Planungsberichtes zu verzichten.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 57 zu 47 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 81 zu 25 Stimmen teilweise erheblich.